

# Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Vierteljährlicher Abonnementpreis durch die  
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,65 Mk.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pfg. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine**  
(Einsch.-Verein).  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz. 25 Pfg., Familienanz. 15 Pfg.  
Vereinsanz. 10 Pfg., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalder Straße 221/225.  
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 12.

Berlin, Mittwoch, 12. Februar 1908.

Wierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis.

Einige Fingerzeige für die Agitation. — Kohlennot  
und Bergarbeiterlöhne. — Allgemeine Rundschau. —  
Tätigkeitsberichte. — Gewerkevereins-Zeit. — Verbands-  
Zeit. — Anzeigen-Zeit.

### Einige Fingerzeige für die Agitation.

Mit freudiger Begeisterung konnten wir erst kürzlich feststellen, daß in allen Gegenden unseres Vaterlandes ein frischer Zug durch unsere Ortsvereine geht. Das Streben, neue Mitglieder zu gewinnen und neue Ortsvereine zu gründen, ist überall unverkennbar und erfreulicherweise von gutem Erfolge gekrönt. Diese Tatsache darf nun nicht dazu beitragen, daß wir die Hände müßig in den Schoß legen und zusehen, wie die Dinge sich weiter entwickeln werden, sondern muß jedem einzelnen ein Ansporn sein, noch mehr als bisher seine Schuldbiligkeit zu tun, um ebenfalls mitzuwirken an dem Ausbau und der Vergrößerung unserer Organisation.

Reiches Material hat uns die kürzlich stattgefundene Konferenz an die Hand gegeben. Immer und immer wieder kann dieser oder jener Beschluß herausgegriffen und besprochen werden. Jeder einzelne gibt uns Hinweise, wie wir unserer Sache vorwärts helfen können. Auch diese Zeilen sollen jenem Ziele dienen. Wir wenden uns damit an die einzelnen Ortsvereine sämtlicher Berufe und ihre Ausschüsse, deren Aufgabe es in erster Linie ist, sowohl neue Mitglieder zu gewinnen, als auch die Gewonnenen zu überzeugungsstarken Gewerkevereinern zu erziehen.

Zu keiner Zeit ist es leichter, einen indifferenten Arbeiter für die Organisation zu gewinnen, als wenn er die Not an seinem eigenen Leibe verspürt und zugleich sieht, wie andere geschützt sind, weil ihnen die Organisation einen Rückhalt bietet. Nach Hunderttausenden, ja nach Millionen zählen noch die Massen, die den Berufsvereinen fernstehen, die nicht Schulter an Schulter mit ihren denkenden Berufskollegen den Kampf ums Dasein führen, die nicht Hand in Hand mit ihnen eintreten für eine gesicherte Existenz und die dadurch den Kampf bilden an der Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft. An diese Massen müssen wir uns wenden bei jeder sich nur darbietenden Gelegenheit. Gerade jetzt, wo willkürlich die Arbeitszeit verkürzt wird, ohne entsprechende Lohnenerhöhung, wo Feiertagsgeltern eingelegt, ganze Betriebe geschlossen und fortwährend Lohnabzüge gemacht werden und das Heer der Arbeitslosen von Tag zu Tag größer wird, da müssen auch dem blödesten Arbeiter die Augen geöffnet werden, da kann es nicht schwer fallen, ihm zu zeigen, wie sehr er sich an sich selbst und seiner Familie veründigt, wenn er sich von dem Zusammenschluß mit seinen Berufsgenossen fernhält. Man muß ihm nur immer und immer wieder eindringlich vor Augen führen, daß nur geschlossene Massen mit Erfolg ihre Interessen vertreten können. Erst zusammenschließend ist in umfassenden Gewerkevereinen, sind die Arbeiter allein imstande, der Willkür und Selbstsucht der Unternehmer ein Bollwerk entgegenzusetzen.

Ist schon die allgemein ungünstige Lage durchaus geeignet, den Arbeitern den Wert der Organisation klar zu machen, so können an den einzelnen Orten die führenden Kollegen ihr übriges tun, Briefe zu legen in die Gleichgültigkeit der großen

Massen. Um die Arbeiter für die Organisation zu gewinnen, ist es notwendig, daß man sie auf die in ihrem Berufe vorhandenen Mißstände aufmerksam und ihnen klar macht, daß sie nur durch den Zusammenschluß mit ihren Berufskollegen Abhilfe schaffen und eine Besserung herbeiführen können. Auch die Unterstützungsanstaltungen der Organisation können ruhig mit dabei herangezogen werden. Wohl gemerkt, sie dürfen nicht in den Vordergrund gestellt werden; sie bilden nicht die Hauptsache für uns. Immerhin aber sind sie ein Anlockungsmittel für solche, denen die Organisation der Arbeiter in Berufsvereinen allein nicht wichtig genug erscheint. Unsere Kassenanstaltungen sind nur Mittel zum Zweck der Organisation. Sie können daher sehr wohl mit verwandt werden, wenn es möglich ist, dadurch neue Mitglieder zu gewinnen.

Aber gerade dieses letzte Moment stellt uns eine zweite Aufgabe zu erfüllen, nämlich die Erziehung der Mitglieder zu überzeugungsstarken Gewerkevereinern. Es ist in dieser Beziehung nicht überall so, wie es sein müßte. Vielfach ist nicht der genügende Idealismus vorhanden; es fehlt oft an der nötigen Opferfreudigkeit und Ueberzeugungstreue. Hier und da spielen die eigentlichen Kassenmenschen eine zu große Rolle, denen es in erster Linie darauf ankommt, möglichst viel aus der Zugehörigkeit zum Gewerkeverein herauszuschlagen. Diesen muß das Schädliche, ja das Verwerfliche ihrer Gesinnung immer wieder vor Augen geführt werden. Die Befürchtung, daß solche Leute schließlich wegen der fortwährenden Vorwürfe der Organisation den Rücken kehren, ist unbegründet. Einestheils ist der Verlust solcher Kassenmenschen nicht allzu schwer zu verschmerzen, andererseits aber geben sie so leicht ihre einmal erworbenen Rechte nicht auf.

Eine weitere Aufgabe, die namentlich die Ortsvereinsausschüsse erledigen müssen, besteht darin, den Mitgliedern klarzumachen, daß sie ihre Organisationspflicht noch lange nicht erfüllt haben, wenn sie ihre Beiträge bezahlen. Mit seiner ganzen Persönlichkeit muß der Arbeiter für seine Organisation eintreten, in der Werkstatt sowohl wie in der Versammlung, mögen die Angriffe seitens der Gegner deswegen auch noch so heftig sein. Allerdings nur derjenige wird diese Angriffe zurückweisen können, der die Grundzüge unserer Organisation kennt, der eingeweiht ist in ihre Geschichte, und diese Aufklärungsarbeit muß wiederum in den Ortsvereinen geleistet werden. Die Ausschüsse müssen stets darauf bedacht sein, die Versammlungen so interessant zu gestalten, daß die Mitglieder hinkommen und so immer und immer wieder vertraut gemacht werden mit unseren Zielen. Hin und wieder muß ein Vortragender gewonnen werden, der eine Anziehungskraft auf die Mitglieder ausübt, oder den Mitgliedern muß Gelegenheit gegeben werden, ihrem Herzen Luft zu machen über Arbeitsverhältnisse und andere Dinge, die den Arbeiter bedrücken. Oft allerdings wird die Aufklärungs- und Erziehungsarbeit nicht ganz leicht sein. Namentlich dort, wo die Mitglieder bisher schlecht erzogen worden sind, da wird es natürlich dem Ausschuss eines Vereins schwer fallen, gut besuchte Versammlungen zu erzielen, und er wird es kaum wagen dürfen, einmal einen Vortragenden einzuladen; denn es könnte leicht vorkommen, daß er vor leeren Tischen und Bänken reden muß. Wo solche Ortsvereine existieren, da

nützt auch die beste Agitation seitens des Verbandes oder auch seitens des Generalrats nichts. Entweder kommen die Mitglieder nicht, selbst wenn sie sich wirklich zum Besuch der Versammlung aufrufen, so ist nach dem Verlassen des Saales die Begeisterung wie ein leicht aufblühendes Strohfeuer schnell wieder verhaucht, und von einer Nacharbeit, die zur Gewinnung neuer Mitglieder absolut notwendig ist, kann keine Rede sein. Den Gegnern aber wird dadurch nur Gelegenheit zu Hohn und Spott gegeben, und der Schaden einer solchen Versammlung kann unter Umständen größer sein als der Nutzen.

Wir wollen mit anderen Worten damit sagen, daß es notwendig ist, die neugewonnenen Mitglieder sofort über unsere Bestrebungen gründlich aufzuklären. Die Beprechung des Gewerkevereinsprogramms in einzelnen Abschnitten durch einzelne Ausschussmitglieder oder sonst befähigte Kollegen wird hier das beste Erziehungsmittel sein. Es ist auch nicht schwierig, einzelne Teile aus dem gesamten Material herauszugreifen und zu einem kleinen für den Ortsverein geeigneten Referat umzuwandeln. Wir haben tüchtige Kollegen überall, die dieser Aufgabe durchaus gewachsen sind und die es als ihre Ehrenpflicht betrachten müssen, aufklärend zu wirken. Wir hoffen, daß diese Zeilen dazu mit beitragen, daß die Betroffenen sich ihrer Pflicht bewußt werden und die gegenwärtige Situation benutzen, unserer Organisation neue Scharen begeisterter und überzeugungsstarker Anhänger zuzuführen.

### Kohlennot und Bergarbeiterlöhne.

Ueber diese und ähnliche Fragen kam es am letzten Mittwoch im Preussischen Abgeordnetenhaus zu einer lebhaften Debatte, in welche auch unser Verbandsvorsitzender, Abgeordneter Karl Goldschmidt, tatkräftig eingriff. Bei der Beratung des Bergwerks-etats hatte der nationalliberale Abge. Dr. Deumer die Gelegenheit benutzt, die Preispolitik des Kohlen-Syndikats zu verteidigen, die die hohen Kohlenpreise zu rechtfertigen mit den gewaltigen Kosten, die der Industrie und insbesondere dem Bergbau durch die Sozialpolitik der letzten Jahre auferlegt worden sind, und in zweiter Linie mit der Erhöhung der Bergarbeiterlöhne. Gleich nach diesem Redner kam der Kollege Goldschmidt zum Wort, der nach dem Stenogramm folgendes ausführte:

Meine Herren, was der Herr Abgeordnete Dr. Deumer über die Geschichte der Kohlenpreise vortragen hat, kann ich aus eigener Lebenserfahrung bestätigen. Ich habe in der Zeit des Tiefstandes der Kohlenpreise in Dortmund gelebt und weiß, daß im Bergbau große Vermögen verloren gegangen sind. Ich erinnere nur an Carl v. Born, Wilhelm v. Born, v. Rappard u. a., die ihr zum Teil nach vielen Millionen zählendes Vermögen verloren haben. Daß zahlreiche begüterte meißelnde Familien in jener Zeit, in der auch die Löhne sehr tief standen, ihr ganzes Vermögen im Bergbau verloren haben, weil die Preise bis auf 5-6 Mk. herabgegangen waren, ist also eine Tatsache. Zu jener Zeit hätte der Staat manche Bergwerke fast umsonst bekommen können. Ich erinnere mich eines Vorganges, daß im Kölnischen Hof zu Dortmund, Kuren, wenn ich mich recht erinnere, der Bege Tremonia, umsonst ausgedoten wurden; man brauchte nur die Kupen zu nehmen und natürlich die Verpflichtung dazu, die nötigen Zubehöre zu leisten. Wer die Zuschüsse nicht mehr leisten konnte, war froh, wenn er sich seines Kurenbesitzes entledigen konnte. Aber in Zeiten, wo mit wirtschaftlichen Betrieben ein Geschäft nicht zu machen ist, wird der Staat sich hüten, das Risiko dem Privatkapital abzunehmen. Er wartet solange, bis das Geschäft an sich lukrativ wird, und dann wünscht er auch seinerseits mitzubekommen zu können.

Der Herr Abgeordnete Dr. Deumer hat sodann auseinandergelegt, wie die Steigerung der verschiedenen Kosten,

auch der sozialpolitischen Anforderungen, sich im Kohlenpreise umsetzen mußte. Das wird, glaube ich, kein verhängnisvoller Mensch befähigen wollen. Wenn die Geschäfte des einen Produkts im Preise wachsen, muß naturgemäß das Produkt selbst ebenfalls teurer werden. Deswegen folgen wir auch niemals, daß die Verteuerung der Lebensmittel allein auszuführen sei auf die Zollgesetzgebung.

Es hat dann der Herr Abgeordnete Dr. Deumer eine Bemerkung gemacht gegen diejenigen, denen die Sozialpolitik nicht rasch genug vorwärts geht; er sprach sogar von einem Automobiltempo der Sozialpolitik und davon, daß Leute, die ein solches Tempo wollten, in der Regel auch die geschworenen Feinde der Syndikate seien. Ich bin nicht der Meinung, daß unsere Sozialpolitik in einem Automobiltempo betrieben wird, und doch bin ich kein geschworener Feind der Syndikate. Mein Wunsch ist, daß sowohl die Unternehmer wie die Arbeiter sich organisieren, daß dann aber auch die Unternehmer in ihren Verbänden sich nicht auf den protegen Standpunkt stellen, mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen nicht verhandeln zu wollen. Die Syndikate würden namentlich bei den Sozialpolitikern viel mehr Verständnis und Würdigung finden, wenn sie — es sind dies doch nun mal die Arbeitgeberorganisationen der großen Unternehmen — in bezug auf das Arbeitsverhältnis die bürgerliche Gleichberechtigung der Arbeiter anerkennen wollten.

Ich möchte nun die Aufmerksamkeit des Hohen Hauses zunächst auf einen neuen Gegenstand lenken. Gestern ist im „Reichsanzeiger“ der Entwurf eines Gesetzes über die Arbeitskammern erschienen. Ohne mich für die Einzelheiten dieses Entwurfs verbindlich zu machen und schon jetzt in eine Kritik einzutreten — ich hätte ja vielerlei daran auszusagen —, möchte ich doch meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß dieser Gesetzesentwurf nun endlich erschienen ist. In Aussicht gestellt wurde er bereits mit den kaiserlichen Erlassen vom 4. Februar 1890. Heute haben wir den 5. Februar. Gestern, am Tage der Veröffentlichung dieses Entwurfs, waren also gerade 18 Jahre vergangen zwischen dem Versprechen und dem Halten! Ich glaube, angesichts einer solchen Tatsache wird auch der Herr Kollege Dr. Deumer wohl nicht mehr von einem Automobiltempo in der Sozialpolitik reden wollen.

Meine Herren, gerade die Arbeitskammern liegen auf dem Gebiete, das ich schon kurz berührt, daß nämlich Mittel zu schaffen sind, mit denen die Differenzen zwischen Unternehmern und Arbeitern leichter ausgeglichen werden können. Wenn man die großen, langwierigen, ungeheuren Werte verschlingenden Kämpfe immer wieder von neuem hervorgerufen sieht, so muß man schließlich in nationalem und volkswirtschaftlichem Interesse zeitig Anstalten treffen, solchen großen wirtschaftlichen Schädigungen der Nation durch praktische Maßnahmen vorzubeugen.

Meine Herren, ein Wort der Kritik, das hierher gehört, möchte ich allerdings an den neuen Gesetzesentwurf knüpfen. Es betrifft die Tatsache, daß nur die Betriebe und Arbeiter, die unter den Ziff. 7 der Gewerbeordnung fallen, den Arbeitskammern unterliegen. An einer Stelle ist ausdrücklich die Unterstellung der wirtschaftlichen Betriebe des Reiches ausgeschlossen, und da auch die Staatsbetriebe nicht zu den Betrieben, wie sie im Ziff. 7 der Gewerbeordnung aufgeführt sind, gehören, so sind dann wieder einmal auch die Staatsbergwerke und die darauf beschäftigten Arbeiter von der Einrichtung der Arbeitskammern ausgeschlossen. Meine Herren, ich bin der Meinung, daß der Staat die Verpflichtungen, die er der Privatindustrie auferlegt, auch selbst übernehmen muß.

(Abgeordneter Dr. Deumer: Sehr richtig!)

Ich bin der Meinung, daß man die Zusammensetzung der Arbeitskammern auch nicht verschlechtern würde, wenn man Vertreter von Staatsbetrieben und Arbeitern aus diesen in die Arbeitskammern entsendet. Es kommt auch ferner darauf an, daß man die Arbeiter in den Staatsbetrieben nicht so hinsichtlich, als seien sie in bezug auf Gewährung der allgemeinen Rechte etwas weniger als die Arbeiter in der Privatindustrie.

So gibt es also eine ganze Reihe wichtiger sozialer Momente, die es notwendig machen, daß, wenn der Staat solche Gesetze erläßt — wie wir wünschen eine solche Gesetzgebung —, er dann auch seine eigenen Betriebe dieser Gesetzgebung unterstellt.

Im Anschluß daran richtete der Redner an den Minister die Frage, ob es Tatsache sei, daß die Beamtenbesoldungsgesetze auf den Herbst vertagt werden sollten, um dann sich in seinen späteren Ausführungen eingehend mit der Kohlennot und den Bergarbeiterlöhnen zu beschäftigen. Wir werden den Schluß dieser Rede in der nächsten Nummer bringen.

### Allgemeine Rundschau.

Dienstag, 11. Februar 1908.

Die Kaufmannsgerichtswahlen in Berlin haben unserem Verein der Deutschen Kaufleute einen guten Erfolg gebracht, der allerdings nur durch Anspannung aller Kräfte erzielt werden konnte. Denn der Wahlkampf wurde von allen Seiten mit einer Erbitterung und Heftigkeit geführt, wie sie sonst kaum bei Reichstagswahlen zu beobachten sind. In die 180 Sitze haben sich 10 Parteien geteilt. Der deutsch-nationale Handlungsgesellschaftsverband, der an Unanständigkeit und Skrupellosigkeit in der Agitation selbst den sozialdemokratischen Zentralverband weit hinter sich gelassen hatte, erzielte 57 Sitze, der Verein der Deutschen Kaufleute 31, der Zentralverband 24, der Leipziger Verband 19. Der Rest fiel auf die 6 übrigen kleineren Organisationen.

So bedauerlich, ja man möchte sagen, so beschämend es auch ist, daß in der Reichshauptstadt

eine so rückständige Organisation wie der deutsch-nationale Handlungsgesellschaftsverband an erster Stelle steht, so anerkenntenswert ist der Erfolg, den die Deutschen Kaufleute errungen haben. Ein Vergleich mit den ersten Kaufmannsgerichtswahlen in Berlin ist ziemlich schwierig, da inzwischen die Zahl der Wähler von 200 auf 360, also diejenige der Angefallenen von 100 auf 180 erhöht worden ist. Während diesmal 10 Listen zur Wahl standen, waren voriges Mal nur 5 Listen aufgestellt, davon eine vom Verein der Deutschen Kaufleute gemeinsam mit anderen Organisationen, die dieses Mal besondere Listen hatten. Damals erzielte diese Kompromißliste 20 Mandate, wovon 15 auf den Verein der Deutschen Kaufleute entfielen. Diesmal ist er ganz selbstständig vorgegangen und hat mehr als die doppelte Anzahl von Sitzen erobert. Und was das Bemerkenswerteste ist: Er ist jetzt von der dritten in die zweite Stelle gerückt, die bisher der sozialdemokratische Zentralverband innehatte. Man darf also mit Recht dem Verein der Deutschen Kaufleute zu diesem Ausgang des Kampfes beglückwünschen. Möge er ihm ein Ansporn sein zu weiterer eifriger Agitation für die partei- und kirchenpolitisch unabhängige, wirklich neutrale Handlungsgesellschaftsorganisation.

Zur Milderung der Arbeitslosigkeit hat der Minister der öffentlichen Arbeiten in Preußen mit Rücksicht auf den infolge der sinkenden Konjunktur eingetretenen Mangel des Arbeitsangebots die Behörde der allgemeinen Bauverwaltung angewiesen, im Falle eines hervortretenden Bedürfnisses auf die Schaffung vermehrter Arbeitsgelegenheit Bedacht zu nehmen. Es kommen dafür sowohl Neubauten, als auch Unterhaltungsarbeiten in Frage. Die Arbeiten sollen nicht dazu führen, daß anderen Betrieben, namentlich der Landwirtschaft, Arbeiter entzogen werden. Die Verwendung ausländischer Arbeiter für solche außergewöhnlichen Arbeiten soll aber, damit die Arbeitsgelegenheit tatsächlich den einheimischen beschäftigungslosen Arbeitern zugute kommt, zunächst vermieden werden. Dies gilt nicht nur für die Arbeiten im Eigenbetriebe der Bauverwaltung, sondern auch für die Unternehmerarbeiten.

Wenn auch nicht allzu viel damit erreicht werden wird, so ist es doch etwas. Immerhin verdient die Maßnahme Anerkennung, und es wäre nur zu wünschen, daß auch andere Behörden Arbeiten, die für die nächste Zeit geplant sind, schon jetzt ausführen ließen.

Arbeiterausschüsse in der Reichstelegraphenverwaltung sollen nach einer Verfügung vom 30. Januar am 1. April für Telegraphenarbeiter ins Leben gerufen werden. Der Zweck dieser Einrichtung soll sein, die Verwaltung durch persönliche Führung mit den Vertrauensmännern der Telegraphenarbeiter über die Interessen und Wünsche der Arbeiter zu unterrichten und im Wege geordneter Verhandlungen eine Klärung schwebender Fragen herbeizuführen. Die Ausschüsse sollen an denjenigen Orten gebildet werden, in denen wenigstens 50 Telegraphenarbeiter beschäftigt sind. Wo mehrere Telegraphenbauabteilungen bestehen, sollen dementsprechend mehr Ausschüsse gebildet werden. Das passive Wahlrecht zu den Ausschüssen, die aus mindestens 5 und höchstens 10 Personen bestehen, hat jeder 25 Jahre alte Arbeiter, der mindestens 3 Jahre im Dienst und 1 Jahr in dem betreffenden Bezirk beschäftigt ist. Das aktive Wahlrecht wird allen 21jährigen Arbeitern, die mindestens 1 Jahr im Dienste der Reichstelegraphenverwaltung beschäftigt sind und deren Militärverhältnis bereits entschieden ist, gewährt. Die Verhandlungen sollen nach Bedürfnis, jedoch mindestens zweimal im Jahre, unter dem Vorzuge eines von der Oberpostdirektion zu bestimmenden Beamten stattfinden. Ausschüsse, die sich zur Lösung der ihnen gestellten Aufgaben ungeeignet erweisen, sollen aufgelöst und Neuwahlen angeordnet werden können.

Grabe die letzten Bestimmungen machen uns bedenklich. Wir bezweifeln, daß unter dem Vorzuge eines höheren Beamten die Arbeiter ihre Wünsche so offenherzig vorbringen, wie es wünschenswert wäre. Andererseits ist zu befürchten, daß vielfach Ausschüsse sich als „ungeeignet“ erweisen werden, wenn sie wirklich bei der Vertretung der Arbeiterinteressen etwas energischer auftreten. Wenn schon derartige an und für sich gute Einrichtungen geschaffen werden, dann sollte man nicht so lästige Nebenbestimmungen treffen, die schließlich den Wert der Sache völlig wieder illusorisch machen.

Arbeiterbewegung. Die Tage im deutschen Bauergewerbe wird von Woche zu Woche kritischer. In vielen Städten Westdeutschlands sind die Arbeitnehmer zusammengetreten zur Beratung von Tarifen, die den Arbeitgeberorganisationen unterbreitet werden sollen. Andererseits hat der deutsche Arbeitgeberverband für das Bauergewerbe beschlossen, die Tarife im ganzen deutschen Reich am 1. April 1910 abzulaufen zu lassen. Bis zu diesem Tage sollen alle Tarife gekündigt werden. Von dann an soll ein einheitlicher Tarif-

vertrag für Deutschland in Kraft treten. Das sind Vorbereitungen zum Kampfe, der in Breslau bereits in eine bedenkliche Nähe gerückt ist. Dort hat der Arbeitgeberbund den geltenden Tarifvertrag gekündigt und beabsichtigt einen neuen aufzustellen, der eine halbstündige Arbeitszeitverlängerung bringt. Der bisherige Stundenlohn soll zwar beibehalten, aber nur „für tüchtige Kräfte“ gezahlt werden. Auch sonst enthält der neue Voranschlag mancherlei Verschlechterungen für die Arbeiter, die natürlich nicht gewillt sind, das alles ruhig hinzunehmen, sondern einen Ergänzungsarbeitsvertrag beschließen haben. — Der Kampf in der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik von Ludwig Löwe in Martinsfelde dauert fort. Die wenigen Arbeitswilligen, die sich gefunden hatten, haben inzwischen die Arbeit wieder niedergelegt.

Die Disensenzen in den Metallwerken „Altrigh“ Köln-Lindenthal sind durch Verlängerung des Tarifes erledigt. — Der Streik der Schmiede und Stellmacher in der Waggonfabrik „Utermöge“ in Köln ist am Sonnabend ohne Erfolg beendet, weil sich hier genügend Arbeitswillige fanden und in Hildesheim des Streikarbeiters des Holzarbeiters und Schmiedeverbandes Streitarbeit gemacht wird. Desgleichen soll Streitarbeit in Essen, Gießen und Berlin angefertigt werden.

Vor einiger Zeit traten die australischen Kohlengräber in den Ausnahmestellung, dessen Schlichtung schließlich einem Schiedsgericht übertragen wurde. Dieses Gericht hat jetzt zu ungunsten der Arbeiter entschieden, die sich aber weigern, sich dem Schiedsspruch zu fügen. Infolgedessen versucht das Gericht von neuem eine Einigung herbeizuführen. — Wegen andauernden Streiks sollten die umfangreichen Naphthawerke in Baku geschlossen werden. Vielleicht mit Rücksicht darauf haben die Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen, so daß der Streik als beendet gelten kann. — Eine Lokomotivfabrik in der Wiener Neustadt hat den Betrieb eingestellt und sämtliche Arbeiter, nahezu 3000, entlassen. Grund für diese Maßnahme sollen fortwährende Beunruhigungen durch Streiks der Arbeiter sein. — Um die Arbeitszeit von 9 auf 9 1/2 Stunden zu erhöhen, haben in Zürich die Tischlermeister den größten Teil der Gesellen gesperrt.

Eine Stufe des sozialdemokratischen Zukunftsstaates ist in Danzig zu Falle gekommen. Der dort ansässige Gauleiter des Zentralverbandes der Maler, Böllner, ist wegen Unterschlagung von 1024 Mk. Verbandsgebern verhaftet und dem Gerichtesverfahren zugeführt worden. Wir würden von diesem Falle gar nicht besonders Notiz genommen haben, da derartige Verurteilungen überall vorkommen können, wenn nicht gerade die sozialdemokratische Presse stets ein großes Aufsehen davon machte, wenn andere Parteien oder Organisationen davon betroffen werden. Außerdem aber ist gerade dieser Fall ganz besonders interessant.

Daß es mit der Kassensführung des Herrn Böllner nicht recht stimmte, scheint man gemerkt zu haben, denn als am 28. Januar die Revision stattfinden sollte und B. von davon benachrichtigt war, nicht zu Hause angetroffen wurde, ließ man die Tür zur Wohnung sofort durch einen Schlosser öffnen, wonach sich dann obiger Fehlbetrag feststellen ließ. Böllner hat sich bisher einige Tage in Danzig umhergetrieben, fand sich dann aber in seiner Wohnung wieder ein und wurde verhaftet. Dieser Mensch, der die ihm anvertrauten Arbeitergrößen veruntreut hat, war nicht allein ein eifriger Vorkämpfer der sozialdemokratischen Partei, sondern trat sich besonders durch die wütende Belämpfung der Deutschen Gewerksvereine hervor. Dafür ist folgendes Vorwissen bezeichnend: Als im vorigen Sommer die Badeverwaltung von Joppot in Danzig große Aufträge gegeben hatte, die natürlich bis zum Eintritt der Badefaison erledigt sein mußten, trat Böllner an den betreffenden Arbeitgeber heran und verlangte, daß die im Betriebe tätigen Mitglieder des Gewerksvereins der Graphischen Verufe und Maler sofort entlassen würden, widrigenfalls die Verbände die Arbeit niederlegen würden. Der betreffende Unternehmer befand sich in einer Zwangslage und entließ wirklich die Mitglieder des Gewerksvereins. Als jedoch der Auftrag ausgeführt war, warf er die Verbände hinaus und stellte die Gewerksvereiner wieder ein. Ähnliche Fälle von Terrorismus hat sich jener dunkle Ehrenmann öfter ausführen lassen, jedenfalls um den Beweis zu erbringen, daß er wirklich ein „wackelhafter Genosse“ war. Wie er die Vertretung der Interessen der Arbeiter aufgab, das zeigt am besten die verübte Unterschlagung.

Die Kollegen ersehen daraus, was man mitunter von jenen Präsenzhelden zu halten hat. Im übrigen ist es bezeichnend, daß die sozialdemokratische „Königsb. Volksztg.“ wenigstens bis zu dem Tage, wo uns von den verschiedenen Seiten Mitteilung von dem Vorwissen gemacht worden ist, ihren Lesern kein Sterbenswörtchen von der Sache gesagt hat.



**Einem Rückgang der Mitgliederzahl** haben verschiedene der Generalcommission angehörende freie Gewerkschaften zu verzeichnen. Weiß auch die Gesamtzahl der Mitglieder dieser sozialdemokratischen Verbände eine stätliche Zunahme auf, so ist doch beispielsweise der deutsche Holzarbeiterverband im Jahre 1907 um mehr als 5000, der Zentralverband der Schmiede um 2500, ferner der Mühlenarbeiterverband, der Zentralverband der Glaser, der Zentralverein der Bildhauer und der Verband der Hand- schuhmacher um mehrere Hundert Mitglieder zurückgegangen. Also trotz des auf jener Seite gelübten oft unerhörten Terrorismus, und obgleich den "Freien" eine weitverbreitete Parteipresse zur Seite steht, ein zum Teil recht beträchtlicher Rückgang! Dabei sind nach mancherlei Beobachtungen die angegebeneen Ziffern noch nicht einmal immer zuverlässig. Wer weiß, welches Bild sich darbieten würde, wenn man die mitgeteilten Zahlen auf ihre Richtigkeit prüfen könnte!

**Bekannter Terrorismus.** Bekanntlich leugnen unsere feindlichen Brüder von der roten Couleur es hinreichend, daß von ihrer Seite ein Terrorismus auf Andersgesinnte ausgeübt wird. In ihrer Presse und in ihren Versammlungen werden selbst Tatsachen, die zielbewußten Terrorismus bedeuten, einfach als Schwindel bezeichnet. Wie es aber auf jener Seite mit der Toleranz gegenüber Andersgesinnten bestellt ist, das zeigt folgender Fall, den wir auch den Gegnern zur Beherzigung empfehlen möchten:

Ein Mitglied des Ortsvereins der Tischler zu Berlin war im Frühjahr vorigen Jahres in einem Betriebe in der Adlerstraße beschäftigt. Eines schönen Tages verlangte seine im deutschen Holzarbeiterverband organisierten Arbeitsgenossen wie üblich, daß er zum Verbandsbesuch übertritt. Unser Kollege ließ sich jedoch nicht beirren, sondern erklärte, im Gewerkschaftsverband zu bleiben. Darauf wurde der Arbeiterauschuss, welcher aus 5 Mitgliedern des deutschen Holzarbeiterverbandes bestand, bei der Betriebsleitung vorstellig und verlangte die Entlassung dieses Gewerkschaftsvereins sowie zweier unorganisierter Maschinenarbeiter. Wenn ihrem Wunsche nicht Rechnung getragen würde, so würde die Arbeit niedergelegt werden. Wie in vielen anderen Fällen, so glaubte auch hier der Arbeitgeber, der gerade mit Aufträgen überhäuft war, ohne die Verbändler nicht auskommen zu können, und entließ, dem Verlangen des Arbeiterauschusses entsprechend, die drei Arbeiter. Diese ließen sich diese Gewalttat aber nicht gefallen, sondern zogen die Sache dem Staatsanwalt an. Am 22. Januar d. J. standen nun die 5 Mitglieder des Holzarbeiterverbandes vor dem Landgericht I zu Berlin und hatten sich wegen Gewerkschaftsbesuch und Erpressungsverbuchs zu verantworten. Zwei von ihnen erhielten je 5 Wochen, die übrigen je 3 Wochen Gefängnis.

Die Strafe ist zweifellos sehr hart. Ebenso hart ist es aber, wegen seiner Gefinnung auf das Stragenpflaster geworfen und mit seiner Familie brotlos gemacht zu werden. Vielleicht hat diese harte Strafe die Wirkung, daß diejenigen Verbandsmitglieder, welche ihren Ruhm darin sehen, anderdenkende Kollegen aus ihrer Beschäftigung zu drängen, für die Zukunft etwas vorsichtiger in ihrer Agitation für die allein seligmachenden sozialdemokratischen Verbände werden.

**Ein recht treffendes Urteil** über die gelben Gewerkschaften fällt Dr. Gerhard Riegler in seinem in letzter Zeit erst erwähnten Buche: "Die deutschen Arbeitgeberverbände". Er sagt darin:

"Die gelben Gewerkschaften führen meist ein recht kümmerliches Dasein, und das ist weder zu verwundern noch zu beklagen. Ein Arbeiter, der auf Solidarität und Standesehracht, wird sich sein Koalitionsrecht nicht durch Geldspenden der Arbeitgeberchaft abkaufen lassen. Eine Unwahrheit ist es, wenn einzelne dieser gelben Organisationen der Unternehmerschaft sich als 'frei' oder 'unabhängig', ein großer Mißbrauch, wenn sie sich als 'national' oder 'religiös' bezeichnen. Die Abneigung gegen den Streik hat mit nationaler Gefinnung oder religiöser Absolut nicht zu tun. Reichstreue und patriotische Arbeiter waren schon vor der Entstehung der gelben Vereine in Hunderttausenden in den kirchlichen Dunderischen Gewerkschaften, den christlichen Gewerkschaften, den evangelischen und katholischen Arbeitervereinen gesammelt und organisiert. Die reichstreue und patriotische Gefinnung ist also nicht das unterscheidende Merkmal der 'Gelben'. Sie ist nur der schöne Mantel, mit dem Streikgegnerschaft und Streikverbot sich wohlgefällig umkleiden. Warum spricht man nicht lieber von 'Arbeitswilligen-vereinen', wenn man doch solche will und meint?"

Wir haben diesen durchaus zutreffenden Worten nichts hinzuzufügen. Mögen sie bei der Aufrüstungsarbeit über das Wesen jener arbeiterfeindlichen Gebilde ihre Wirkung nicht verfehlen!

**Kindersterblichkeit in Bayern.** Die neueste Veröffentlichung des Bayerischen Statistischen Bureau's läßt erkennen, daß dort die hohe Kindersterblichkeit noch fast unvermindert andauert. Und zwar sind es

keineswegs die industriell entwickelten, mit großen Städten durchsetzten Gegenden, die die meisten Opfer liefern. Nein, gerade einige fast ausschließlich Ackerbau treibende Kreise der oberen Donauengegend stehen oben an. In den beiden Bezirksämtern Passau und Ingolstadt starben von 100 geborenen Kindern mehr als 40, ein furchtbares Kinderopfer, das man kaum mehr mit dem Ausdruck "Sterblichkeit" charakterisieren kann. Selbst die kulturell und wirtschaftlich rückständigsten Teile Deutschlands, selbst die Stätten des Weberelends und der Hausindustrie in den Mittelgebirgen erreichen diese Sterblichkeit nicht. Man muß bis nach Rußland gehen, um ähnliche Ziffern zu finden. Die Gebiete der größten Kindersterblichkeit in Bayern bilden einen zusammenhängenden Herd, der südlich von Augsburg und München, westlich von Nördlingen, nördlich von Nürnberg und Amberg begrenzt wird und sich östlich bis zu den Ausläufern des Bayerischen Waldes erstreckt. Es ist also fast genau der Kern des Königreichs. Außer den beiden genannten Bezirksämtern haben noch Stadtamhof, Friedberg, Schrobenhausen, Münchberg, Stelheim und Weingries eine Sänglingssterblichkeit von mehr als 37 pCt., Gichtät und Neuburg a. D. eine solche von 35-37 pCt., während der Durchschnitt für das gesamte Deutsche Reich im Jahre 1906 bei den ehelichen Kindern 18,6, bei den unehelichen 31,4 und bei sämtlichen Kindern 19,6 pCt. betrug. Gäßen die fraglichen Bezirksämter dieselbe Durchschnittsterblichkeit wie das ganze Deutsche Reich, so hätten dort von den lebend geborenen 13 822 Säuglingen von weniger als einem Jahre 2828 sterben müssen. In Wirklichkeit sind aber 5310 gestorben, so daß also dieses kleine Gebiet ein nutzloses Kinderopfer von 2700 Säuglingen in einem einzigen Jahre brachte! Das sind mehr Leben, als der ganze Feldzug in Südwestafrika gelostet hat. In Irland und Schweden beträgt die Kindersterblichkeit nur etwa 10-11 pCt. Mit diesem Maße gemessen, würde das vermeidbare Kinderopfer fast 4000 Säuglinge betragen haben. Es wird in der Tat hohe Zeit, daß sich die Behörden bemühen, diesen Mangel auszugleichen.

**Ein schwerer Schlag** hat die amerikanische Arbeiterbewegung getroffen. Der Oberste Bundesgerichtshof in New York hat nämlich entschieden, daß die Arbeiterorganisationen für alle Schäden haftbar sind, die durch von ihnen verhängte Boykotts oder Sperren entstehen. Es ist ein ähnlicher Beschluß, wie er vor einigen Jahren gegen die englischen Gewerkschaften gefaßt wurde, der aber bald wieder aufgehoben wurde.

Es ist selbstverständlich, daß durch eine solche Entscheidung den organisierten Arbeitern eine der wirksamsten Waffen im wirtschaftlichen Kampfe entziffen wird, und daß sie alle Hebel in Bewegung setzen müssen, um diesen Beschluß auf irgend eine Weise wieder rückgängig zu machen.

**Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1907.**

**Ortsverband Ansbach.**

Auf ein Jahr reicher Arbeit kann die Leistung unseres Ortsverbandes zurückblicken. Wohl nirgends haben die Gewerkschaften einen so schweren Stand wie hier. Das hat sich namentlich auch während der Gewerkschaftswahl gezeigt. Auf unseren Antrag an den Gewerkschaftssekretär auf gemeinschaftliches Vorgehen erhielten wir die Antwort, daß man wohl wohlkühler gemeinsame Schritte führen könne, nicht aber Gewerkschaftswahlen. Dies geschah, obgleich die hiesige Bewegung im Scheitern gerade nur durch unser rechtzeitiges und tatvolles Eingreifen noch einigermaßen günstig verlaufen ist. Nachdem man auf jener Seite ein gemeinschaftliches Vorgehen abgelehnt hatte, wandten wir uns an den Magistrat um Einführung des Verhältniswahlsystems, das uns auch bewilligt wurde. Der Erfolg war, daß wir 2 Vertreter für uns gewannen. Wir können mehr erreichen, wenn unsere Kollegen mehr auf dem Posten sind, und hoffen deshalb, daß sie in der Folge energischer für unsere Sache eintreten und ebenso rücksichtslos vorgehen wie unsere Gegner.

Die Geschäfte des Ortsverbandes wurden erledigt in 6 Ortsverbanderversammlungen, einer öffentlichen Gewerkschaftswahlversammlung, 15 kombinierten Ausschüßsitzungen und 5 Sitzungen des Ortsverbandesausschusses. Der Delegiertentag des süddeutschen Ausbreitungsverbandes in Friedrichshafen und eine Konferenz desselben in Ulm wurden durch je einen Vertreter besetzt. Sechsmal waren auswärtige Beamte als Referenten erschienen, und einmal hatten wir auch unseren Verbandsvorsitzenden, Kollegen Karl Goldschmidt, in unserer Mitte.

R. M ö n c h, Ortsverbandessekretär.

**Ortsverband Gleichen.**

Unser Ortsverband erledigte seine Geschäfte in 4 Verbands-, 2 kombinierten Ausschüßsitzungen und 7 Ortsverbanderversammlungen. Unter anderem fand der Verband einen Delegierten zum Bezirkstag nach Sayunau, um mehrere Anträge zum Verbandsstage zu vertreten. Um das Zusammengehörigkeitsgefühl im Ortsverbande zu fördern, wurden verschiedene Beratungen getroffen, so ein Rat- auschuss, ein Sommerfest und ein Stiftungsfest, die gleich-

zeitig dazu benützt wurden, neue Mitglieder zu gewinnen. Das Ortsfest, welches der hiesige Verband an durch- reichende Mitglieder zahl, wurde von 50 Bfg auf 75 Bfg erhöht, gleichzeitig vorgesehn, einen Arbeitsnachweis auf der Herberge zur Heimat einzuführen. Zur Förderung der Agitation wurde ein Agitationskomitee gewählt, welches den einzelnen Ortsvereinen tatkräftig zur Seite stehen soll. Die Erfolge sind auch zu merken. Der Ortsverein der Schneider hat es durch die Tätigkeit mehrerer tüchtiger Mitglieder und zum Teil auch durch kräftiges Eingreifen unseres Ortsverbandsvorsitzenden zu einer ansehnlichen Stärke gebracht, um später in eine Lohnbewegung einzu- treten. Leider hat auch der Tod im verfloßenen Jahre mehrere alte Mitglieder aus unseren Reihen gerissen. Ehre ihrem Andenken! So schließen wir dies alte Jahr, um im neuen mit frischer Kraft zur Förderung der Deutschen Gewerkschaften mitzutreten.

D. K e u, Ortsverbandesführer.

**Ortsverband Hirschberg i. Schles.**

Ein Rückblick auf das verfloßene Jahr zeigt, daß es an Arbeit nicht gemangelt hat. Die Geschäfte wurden in 5 Delegierten-, 4 ordentlichen, 4 außerordentlichen und 1 öffentlichen Versammlung, ferner durch 6 Vorstands-, 1 Kommissions- und 1 kombinierte Sitzung erledigt. Jeder mußte auch das Schiedsgericht in Aktion treten. In all diesen Versammlungen hat es nicht an Beschlüssen aller Art gefehlt. So hielt uns am 6. Januar Herr Bürger- meister Dr. Töbler einen interessanten Referat, am 3. März sprachen die Kollegen Bogt und Scholz über die Anträge zum Verbandsstage, und am 22. Juni erstattete Kollege Strohsch-Breslau Bericht über die Beschlüsse des Verbandsstages. Am 21. Juli hielt Kollege Bogt einen Vortrag über "Gelbe Gewerkschaften" und am 24. November Kollege Scholz einen solchen über "Mißsol und Arbeiterfrage". In der öffentlichen Versammlung am 30. November hatten wir die Freude, unseren Verbandsvorsitzenden, Kollegen Goldschmidt, in unserer Mitte zu sehen, der einen Vortrag über "Die neuen Aufgaben der Gewerkschaften" hielt. Von seiten des Ortsverbandes wurden die Ortsvereine der Bauhandwerker Tief-Gartmannsdorf und Maschinenbauer Berthelsdorf besucht. In beiden Vereinen referierte Kollege Scholz über allgemeine Aufgaben der Gewerkschaften. Der Bericht brachte uns Gelegenheit, die Kräfte nach außen hin zu entfalten, denn wir standen da im Zeichen der Wahlen. Am 7. November hatten wir die Gewerkschaftswahlen, welche in zwei Bezirken günstig verliefen, so daß fünf Kollegen gewählt wurden. Am 8. November hatten wir in Hirschberg Stadtverordnetenwahlen. Auch hier gelang es uns mit Hilfe der liberalen Bürger, unserem Kollegen Selbmann zum Siege zu verhelfen. Ein weiterer Fortschritt ist auch dadurch zu verzeichnen, daß der Ortsverband seit dem 1. Januar 1908 als korporatives Mitglied der Kosmopolgesellschaft für Naturfreunde angehört. Von einer Sönnnerin der Gewerkschaft wurde dem Ortsverband eine Anzahl wissenschaftlicher Werke als Grundstock für eine Bibliothek überwiesen. Der Gesellschaft wurde durch die Feier des 20jährigen Stiftungsfestes Rechnung getragen. Bei dieser Gelegenheit lernten wir unseren Verbandsredakteur, Kollegen Lewin, kennen, welcher das Fest durch eine wirkungsvolle Rede sehr verhönte. Die Neu- wahl des Vorstandes ergab einige Veränderungen. Als Vor- sitzender wurde Kollege Emil Hoffmann, als Stellvertreter Kollege Scholz, als Schriftführer Kollege Gallat neu und als Kassierer Kollege Heller wiedergewählt. Möge es nun dem neuen Vorstande vergönnt sein, das zu vollbringen, was dem alten nicht mehr möglich war. Aber auch den Mitgliedern möchte ich jurufen, kräftiger mitzuarbeiten und fleißiger die Versammlungen zu besuchen, als es bisher geschehen ist. Dann wird der Erfolg nicht ausbleiben. Und nun frisch auf zu neuer Tat für die Arbeiter!

M a x S c h o l z.

**Ortsverband Krefeld und Umgegend.**

Die Erledigung der Ortsverbandsgeschäfte erfolgte in 7 Vertreteritzungen und 3 ordentlichen Versammlungen. Die Tätigkeit hat sich hauptsächlich auf das innere Vereins- leben beschränkt. An Festlichkeiten fand ein Sommerfest und eine Weinachtsfeier arrangiert worden, welche beide einen günstigen Verlauf nahmen. Dem Ortsverbande ange- geschlossen sind die Ortsvereine der Textilarbeiter, Ma- schinenbauer und Tischler in Krefeld, ferner der Ortsverein der Maschinenbauer Herdingen und der Ortsverein der Textilarbeiter Hüls. Abwärts stehen noch die Ortsvereine der Kaufleute Krefeld und der Ortsverein der Textilarbeiter Wülfrath. Hoffentlich bedarf es nur dieses Hinweises, um auch diese Vereine dazu zu bewegen, zusammen mit den anderen den Gewerkschaften auch hier am linken Ufer des Niederrheins eine achtungswürdige Stellung in der Defensiv- tätigkeit zu verschaffen. Eine besonders günstige Entwicklung haben die dem Ortsverbande angehörenden Ortsvereine der Textilarbeiter aufzuweisen. Auch vom Ortsverein der Maschinenbauer Krefeld, der sich mit Beginn des neuen Jahres dem Sozialbeamten-Bezirke angeschlossen hat, steht zu erwarten, daß sich bald eine Aufwärtsbewegung der Mit- gliederzahl bemerkbar machen wird. Die Textilarbeiter waren am Schlusse des Jahres auch an der Krefelder Stoff- weberbewegung beteiligt, welche zu der bekannten Aufsperrung sämtlicher Textilarbeiter führte. Die ganze Bewegung ist sojungen im Saube verlaufen, infolge des nicht ein- wandfreien Verhaltens der Führer des deutschen und des christlichen Textilarbeiterverbandes, und hat wiederum den Arbeitern die Lehre gegeben, daß in den neutralen Gewerkschaften am besten ihre wirtschaftlichen Interessen vertreten werden. Denn als im Oktober die Stoffweber unter An- gabe ihrer Forderungen an die Verbände herantraten, mußte diese Angelegenheit bis nach den Stadtratswahlen zurückgestellt werden, und dann war die günstige Konjunktur verpaßt. Die Führer des christlichen und des freien Textilarbeiterverbandes betreten das natürlich, aber die Tat- sachen lassen sich nicht weglugnen. E. S t e p e n s.

